

Gemeinsam für mehr Familienfreundlichkeit

Neu-Anspach. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden, darin sind sich die Fraktionen von FWG-UBN, CDU, Grünen, FDP und SPD einig. Sie haben deshalb am Montagabend einstimmig beschlossen, dass sich die Gemeinde der bundesweiten Initiative «Lokale Bündnisse für Familien» anschließt. Der Gemeindevorstand soll dies für das dritte Quartal planen und koordinieren.

Ein solches Bündnis hat die Aufgabe, Angebote zu bündeln und neue zu entwickeln, die Kinderbetreuung zu verbessern, Patenschaften zu bilden, Öffentlichkeit zu schaffen, einander auszutauschen und voneinander zu lernen und Kooperation zu fördern. Die beteiligten Akteure verschiedener Funktionen (Behörden, Parteien, Verbände, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, Bürgergruppen und Einzelpersonen) sollen Diskussionsforen und Ideenschmieden bilden, die konkrete Vereinbarungen treffen und ihre Vorstellungen in die Praxis umsetzen. Mitmachen kann jeder, der mehr Familienfreundlichkeit erreichen möchte.

«Wir bringen gemeinsam auf den Weg, was auf Bundesebene angestoßen und in nahezu 300 Städten und Gemeinden bereits initiiert wurde», formulierte es Claudia Bröse für die FWG-UBN, welche die Initiative angestoßen hatte. «Lassen Sie uns also gemeinsam Verantwortung tragen für die Familien in Neu-Anspach, denn diese sind unsere Stütze und unser Kapital für die Zukunft.» Gleichzeitig betonte die Kommunalpolitikerin, dass dafür die Verwaltung und ein entsprechender Koordinator im Rathaus gebraucht werde. «In der Anfangsphase sollte ein Kernteam aus einigen wenigen Personen die Arbeit zur Bündnisgründung gemeinsam schultern», meinte die Freie Wählerin und forderte ihre Fraktionskollegen auf, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Bereits jetzt, so berichtete Bröse weiter, hätten sich Interessenten gemeldet, die teilnehmen wollten, so der Verein Ganz und die Frankfurter IHK.

Ebenfalls positive Worte gab's von Ulrike Bolz. Sie plädierte dafür, das Bündnis mit Inhalten zu füllen, ein Netzwerk zu bilden und alle mit einzubeziehen. Es müsse in Erfahrung gebracht werden, welche Bedürfnisse es gibt und was in der Gemeinde geboten werde. Und: «Die Zertifizierung der Kommune ist ein klarer Standortvorteil.» (pet)